

Außenwirtschaft aktuell



Industrie- und Handelskammer
für Ostfriesland und Papenburg

2

2017

Veranstaltungen/Unternehmerreisen	4
15. Februar: Deutsch-Armenisches Wirtschaftsforum in Berlin.....	4
24. Februar: Konferenz „Chancen in Russland und der Eurasischen Wirtschaftsunion“ in Berlin.....	5
8. März: Workshop „Vertrieb und Arbeiten /Entsendung in Frankreich, Oldenburg.....	5
22. März: Warenursprung und Präferenzen, Emden.....	6
25.- 27. April: Kooperationsbörse auf der Hannover Messe	7
8. – 12. Mai: Geschäftsanbahnungsreise nach Rumänien	7
19.- 24. Mai: Delegationsreise nach Teheran und Bandar Abbas	9
21.- 28. Mai: Unternehmerreise des Landes Niedersachsen nach China und Japan	10
11.- 18. Juni: Unternehmerreise des Landes Niedersachsen nach Mexiko und Kuba	10
Zoll- und Außenwirtschaftsrecht	10
Algerien: Erhöhung der Mehrwert- und Verbrauchssteuer	10
APS Verfahren registrierter Ausführer (REX) bei Ausstellung von Ersatz-Ursprungsnachweisen.....	10
Aserbaidschan: Zollsenkungen für eine Vielzahl von Maschinen und Geräten	11
Belarus: Ausfuhrlizenzen für Holz eingeführt	11
China: Senkung der Einfuhrzölle 2017	11
Dänemark: Änderungen für RUT-Meldungen	12
Deutschland: Elektronische Zollmeldung ausländischer Arbeitnehmer	12
Europäische Union: Antidumpingzoll auf Fahrzeugräder aus Aluminium mit Ursprung in der VR China.....	13
Europäische Union: Informationen zum Export aus afrikanischen Ländern in die EU	13
Europäische Union: Neue Regeln erleichtern grenzüberschreitendes Eintreiben von Schulden.....	13
Japan: Handelsabkommen mit der EU fast unterschriftsreif.....	14
Liberia: Veröffentlichung des nationalen Zolltarifs 2017	14
Madagaskar: Zollsenkung für eine Vielzahl von Waren mit EU-Ursprung.....	14
Türkei: Schutzzölle auf Stahlrohre, Pumpen, Generatoren und Traktoren	15
Ländernotizen	15
Algerien: Pharmasektor entwickelt sich dynamisch.....	15
Argentinien: Digitalisierung soll an Fahrt gewinnen.....	15
Aserbaidschan: Ausbau des Transportsektors.....	16
Baltikum: Gute Geschäftschancen für Maschinenbauer.....	16
Brasilien: Organische Lebensmittel immer beliebter.....	16
Brasilien: Erholung der Wirtschaft langsamer als erwartet.....	16
China: Schwierige Zeiten für Chemiebranche	17
China: Neue Registrierungsvorschrift für Babymilchpulver.....	17
China: Geldüberweisungen aus der VR werden beschränkt.....	17
China: Besorgniserregend schnelle Verschuldung.....	17
Dänemark: Kopenhagens Klimaplan zieht Investitionen in Milliardenhöhe nach sich	18
Finnland: Wichtige Änderungen im Arbeitsrecht.....	18
Finnland: Elektrobusse in Helsinki.....	18
Frankreich: Erhöhung des Mindestlohns	18

Frankreich: Verlängerung der Ausschreibung für das "Schiff der Zukunft".....	19
Frankreich: Wirtschaftsausblick.....	19
Griechenland: Wirtschaftsausblick 2017	19
Griechenland: Produktmärkte 2017.....	19
Iran: Nahrungsmittelindustrie bietet Chancen	20
Iran: Sachstand Sanktionen.....	20
Italien: Neue Regeln bei Entsendungen	20
Italien: Markt für LED-Leuchten wächst.....	21
Kanada: Ausbau des Hochgeschwindigkeitsnetzes.....	21
Kanada: Etablierung als „Fintech-Hub“	21
Kolumbien: Erhöhung der Verkaufssteuer	22
Korea (Rep.): Ausbau des Schnellstraßennetzes	22
Kuba: Wirtschaftsausblick 2017	22
Luxemburg: Ein-Euro GmbH.....	22
Malaysia: Investitionen in die Sportinfrastruktur	23
Mexiko: Bedarf an Wassertechnik.....	23
Mexiko: Wiederbelebung des Schiffbau	23
Namibia: Großer Handlungsbedarf in Wassersektor	24
Namibia: Auf dem Weg zum Logistik-Hub.....	24
Polen: Keine Barzahlungen bei Beträgen über 15.000 Zloty	24
Polen: Entwicklung einer Strategie für Elektromobilität	24
Polen: Durchschnittslöhne auf Rekordhoch.....	25
Polen: Erweiterung der Kapazitäten zur Möbelproduktion	25
Polen: Telekommunikationsunternehmen investieren weiter	25
Portugal: Trennung und Behandlung von Abfällen.....	25
Rumänien: Anhebung des Bruttomindestlohns	26
Russland: Freiwillige Markierung von Arzneimitteln	26
Russland: Verlängerung des Ausfuhrverbots von gegerbten Tierhäuten und –fellen.....	26
Schweden: Solarenergie bietet noch viel Potenzial.....	26
Schweden: Senkung der Stromsteuer für größere Rechenzentren	27
Schweiz: Jeder zehnte Basler hat eine Lieferadresse in Deutschland.....	27
Schweiz: Online-Unternehmensgründung klappt problemlos.....	27
Schweiz: Investitionen in die Transportinfrastruktur.....	27
Serbien: Liste genehmigungspflichtiger Waren	28
Slowakei: Digitalisierung der Behörden	28
Spanien: Großtender zu erneuerbaren Energien	28
Südafrika: Leitfaden über die Mehrwertsteuer veröffentlicht	28
Türkei: Wirtschaftsausblick 2017	29
Türkei: Produktmärkte 2017.....	29
Türkei: Höhere Steuern und Währungsverfall gefährden Kfz-Verkäufe.....	29
Türkei: Ausbau der Infrastruktur.....	29
Turkmenistan: Chancen in der Bewässerungstechnik.....	30
Uganda: Mautstraßen mit privater Beteiligung.....	30
Usbekistan: Bewässerungswirtschaft auf Investitionskurs	30

USA: Markt für organische Lebensmittel kommt aus der Nische	30
VR China: Einfuhrverbot für Abfallstoffe	31

Allgemeines **31**

IHK vermittelt freien Eintritt zur CeBIT	31
Niedersächsischer Außenwirtschaftspreis 2017	31
Going International-Umfrage der IHKs- IHK bittet um Teilnahme	32

Auslandsanfragen **33**

Kosovo: Lohnfertiger im Bereich Textilien such Kooperationspartner.....	33
---	----

Veröffentlichungen **33**

Neues Merkblatt zum Weinimport aus Drittländern	33
Paraguay: Business Et Investment Guide 2016/17	33
Vietnam: Merkblatt über gewerbliche Wareneinfuhren	34

Impressum **35**

Anlage

- Seminar: Warenursprung und Präferenzen

Veranstaltungen/Unternehmerreisen

Datum	Veranstaltung	IHK
14.02.2017	Zollworkshop	IHK Stade
16.02.2017	Lieferantenerklärung – Eine Erklärung mit Konsequenzen	IHK Stade
21.02.2017	Das Ausfuhrverfahren: Nutzen, Ablauf und mögliche Vergünstigungen	IHK Osnabrück-Emsland-Grafschaft Bentheim
01.03.2017	Exportkontrolle in der Praxis	IHK Osnabrück-Emsland-Grafschaft Bentheim
07.03.2017	Mehr Aufmerksamkeit für die Umsatzsteuer	IHK Stade
08.03.2017	Workshop "Vertrieb und Arbeiten/Entsendung in Frankreich	IHK Oldenburg
22.03.2017	Warenursprung und Präferenzen	IHK für Ostfriesland und Papenburg

15. Februar: Deutsch-Armenisches Wirtschaftsforum in Berlin

(DIHK) - Am 15. Februar findet das Deutsch-Armenische Wirtschaftsforum im Haus der Deutschen Wirtschaft in Berlin statt. Veranstalter sind der Ost-Ausschuss, bitkom, der Osteuropaverein sowie der DIHK. Ziel der Veranstaltung ist es, aktuell über Armenien als Wirtschaftspartner Deutschlands zu informieren und damit deutschen Unternehmen entsprechende Kooperationschancen aufzuzeigen. Die Veranstaltung hat die Schwerpunkte IT, Verkehr/Straßenbau sowie Energie/Energieeffizienz. Die Teilnahme ist kostenlos, eine Anmeldung aber erforderlich. Konferenzsprachen sind Englisch und Deutsch. Weitere Informationen und Anmeldung unter:

<http://www.dihk.de/themenfelder/international/info/anmeldung-deutsch-armenisches-wirtschaftsforum>

24. Februar: Konferenz „Chancen in Russland und der Eurasischen Wirtschaftsunion“ in Berlin

(DIHK) - Die Konferenz wird durch den Deutschen Industrie- und Handelskammertag e.V. (DIHK) sowie die Deutsch-Russische Auslandshandelskammer, die Delegation der Deutschen Wirtschaft für Zentralasien und die Repräsentanz der Deutschen Wirtschaft in Belarus, die zum vom DIHK koordinierten weltweiten Netzwerk der Deutschen Auslandshandelskammern gehören, veranstaltet. Das Forum soll den Dialog zwischen Deutschland und den Mitgliedsländern der Eurasischen Wirtschaftsunion fördern und den interessierten deutschen Unternehmen das Potential für die Wirtschafts- und Investitionskooperation im Kontext der aktuellen Integrationsprozesse vorstellen. Zur Veranstaltung wurden hochrangige Regierungsvertreter auf Ministerebene aus Deutschland und Belarus, Russland und Kasachstan sowie der Vorstand der Eurasischen Wirtschaftskommission eingeladen. Neue Chancen für den Auf- und Ausbau der Zusammenarbeit werden u.a. aus länderspezifischen Gesichtspunkten in den Bereichen Zoll & Logistik, Lokalisierung & Zulieferer und Vertrieb & Marketing diskutiert. Weitere Informationen und Anmeldung unter:

<http://www.dihk.de/themenfelder/international/info/anmeldung-russland-eawu>

8. März: Workshop „Vertrieb und Arbeiten /Entsendung in Frankreich, Oldenburg

(IHK/OLD) - Frankreich ist auch für zahlreiche Unternehmen aus dem Nordwesten ein wichtiger Handelspartner Niedersachsens, des Oldenburger Landes und Ostfrieslands. Viele sind bereits vor Ort aktiv, der wirtschaftliche Austausch ist intensiv und facettenreich. Die gesetzlichen Anforderungen steigen, neue gesetzliche Bestimmungen sorgen oftmals für Verwirrung auf der deutschen Seite. Unternehmen, die ihre Mitarbeiter vorübergehend zur Ausübung von Tätigkeiten nach Frankreich entsenden oder Unternehmen, die im Transportgewerbe tätig sind, müssen ihre Arbeitnehmer vorab anmelden. Aber wo melden Sie an? Und was müssen Sie alles beachten?

Gemeinsam mit der Stadt Oldenburg und der Industrie- und Handelskammer Oldenburg informieren wir Sie am

8. März 2017
von 13:00 bis 16:00 Uhr
in der Oldenburgischen IHK,
Moslestr. 6, 26122 Oldenburg

über aktuelle Entwicklungen zu den Themen Vertrieb, Vertragsrecht, Mitarbeiterentsendung und Dienstleistungserbringung in Frankreich. Der deutsch-französische Rechtsanwalt Dr. Christophe Kühl von der Kanzlei Epp & Kühl aus

Köln wird Ihre Fragen zu all diesen Themen beantworten. Folgender Ablauf ist geplant:

- ab 13:00 Uhr Imbiss und Netzwerken
- 14:00 Uhr Begrüßung
- 14:15 Uhr "Entsendungen, Dienstleistungen und Transporte"
Herr Dr. Christophe Kühl, Rechtsanwalt
 - Vertriebsaufbau in Frankreich
 - Grundzüge des Vertragsrechts
 - Durchsetzung von Forderungen in Frankreich
 - Mitarbeiterentsendung nach Frankreich
 - steuerliche Behandlung von Dienstleistungen
- 15:45 Uhr "Vorstellung von Oldenburgs französischer Partnerstadt Cholet
und Informationen zum deutsch-französischen Wirtschaftstag"
n.n., Stadt Oldenburg
- ca. 16:00 Uhr Ende

Die Teilnahme-Gebühr beträgt 25,00 EUR, die Plätze sind begrenzt. Melden Sie sich schnell an, **spätestens bitte zum 1. März 2017** unter www.ihk-oldenburg.de. Für weitere Fragen steht Frau Arians unter Tel.: 0441 2220-302 gerne zur Verfügung.

22. März: Warenursprung und Präferenzen, Emden

(IHK) - Das eintägige Seminar bei der IHK in Emden wendet sich an Mitarbeiter, die mit dem Ausfüllen und Ausstellen von Lieferantenerklärungen, Warenverkehrsbescheinigungen (EUR. 1) und Ursprungszeugnissen befasst sind und hierfür Verantwortung übernehmen müssen. Themengebiete sind im Einzelnen unter anderem:

1. Arten des Warenursprungs
 - Warenmarkierung „Made in Germany“
 - Nichtpräferenzialer Ursprung/ Ursprungszeugnis
 - Präferenzialer Ursprung (Einführung)
2. Der präferenziale Warenursprung (Schwerpunkt)
 - Übersicht über die Zollpräferenzabkommen der EU
 - Ursprungsregeln im Überblick
 - Vollständige Gewinnung und Herstellung
 - Minimalbehandlungen
3. Nachweis- und Dokumentationspflichten für Exporteure
 - Ursprungs-/ Präferenzkalkulationen
 - Präferenznachweise im Überblick

Warenverkehrsbescheinigungen
Lieferantenerklärungen

Das Teilnahmeentgelt beträgt 235 Euro, inklusive Unterlagen, Getränke und Mittagsimbiss.

Anmeldeschluss ist der 15. März 2017.

Kontakt: Susanne Moderhak, Tel.: 04921 8901 21,

E-Mail susanne.moderhak@emden.ihk.de

25.- 27. April: Kooperationsbörse auf der Hannover Messe

(NBank/EEN) - Auch in diesem Jahr organisiert die NBank wieder zusammen mit ihren Partnern aus dem Enterprise Europe Network (EEN) die internationale Kooperationsbörse "Technology Cooperation Days". Der Themenfokus auf INDUSTRY 4.0: Smart Factories & Efficient Manufacturing Technologies bietet in seiner Verknüpfung von neuen Forschungs- und Entwicklungsergebnissen, Industrieautomation und IT, Zulieferung, Produktionstechnologien und Dienstleistungen sowie Energie- und Umwelttechnologien branchenübergreifende Möglichkeiten zur Geschäftsanbahnung. Die Technology Cooperation Days überzeugen seit Jahren Aussteller und Besucher aus der ganzen Welt. Im letzten Jahr führten mehr als 400 Teilnehmer/innen aus 35 Ländern fast 800 Gespräche. Weitere Informationen zum Ablauf und zur Anmeldung unter <https://www.b2match.eu/technologycooperationdays2017>

Die Anmeldung ist bis zum 24. Februar kostenfrei. Bei Fragen steht das Organisationsteam Herr Benne, E-Mail: nils.benne@nbank.de, Tel.: 0511-30031367, Herr Amenda, E-Mail: steven.amenda@nbank.de, Tel.: 0511-30031361 oder Frau Albrecht, E-Mail: melanie.albrecht@nbank.de, Tel.: 0511-30031 368 bei der NBank gerne zur Verfügung.

8. – 12. Mai: Geschäftsanbahnungsreise nach Rumänien

(BMWi) - Im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie organisiert die Deutsch-Rumänische Industrie- und Handelskammer (AHK Rumänien) in Zusammenarbeit mit der Bayern Handwerk International GmbH vom 8. bis 12. Mai 2017 eine Geschäftsanbahnungsreise nach Rumänien. Das Projekt wird im Rahmen des BMWi-Markterschließungsprogramms für KMU durchgeführt. Die Reise richtet sich an deutsche Handwerksbetriebe sowie Architekten und Anbieter von Produkten und Dienstleistungen in den Bereichen Denkmalschutz, Restaurierung, Sanierung und Renovierung.

Denkmalschutz und die Sanierung von Denkmälern gewinnt in Rumänien immer mehr an Bedeutung. Vorreiter im Bereich sind verschiedene Städte in Siebenbürgen/Transilvania wie etwa Hermannstadt/Sibiu, Karlsburg/Alba Iulia, Hermannstadt/Brasov, Klausenburg/ Cluj-Napoca, Schäßburg/Sighisoara, Großwa-

rdein/Oradea oder Temeswar/Timisoara, die ihre Stadtzentren entweder weitgehend saniert haben bzw. gegenwärtig sanieren. In den letzten Jahren wurden auch Kirchen, besonders im Norden des Landes, sowie einige Kirchenburgen in Siebenbürgen saniert. Die Letzteren greifen auf Finanzierungsquellen und das Know-how- und den Technologietransfer aufgrund verschiedener Projekte der Deutsch-Rumänischen Kooperation zurück.

Im Fokus der Geschäftsanbahnung stehen die Städte Klausenburg, Hermannstadt, Temeswar und die Region Siebenbürgen allgemein. Geschäftsmöglichkeiten für Ihr Unternehmen ergeben sich beispielsweise hier:

In Klausenburg gibt es eine große Anzahl historischer Denkmäler. Der Sanierung des historischen Erbes der Stadt wird dabei große Bedeutung geschenkt.

In Siebenbürgen gibt es ebenfalls zahlreiche Denkmäler von nationaler und internationaler Bedeutung, die künftig saniert werden sollen. Von besonderem Wert sind die Burg Schäßburg, sowie weitere sieben Kirchenburgen, die dem UNESCO Weltkulturerbe angehören. Dazu kommen über 150 weitere Kirchenburgen die sich in unterschiedlichen Bauzuständen befinden. Besonders Hermannstadt und die Umgebung haben große Fortschritte in der Denkmalpflege und -sanierung gemacht. Diese Entwicklung ist im Großen und Ganzen auf den Status „Europäische Kulturhauptstadt 2007“ sowie auf die Einbindung der Evangelischen Kirche, verschiedener deutscher Stiftungen und Verbände für den Erhalt des deutschen Erbes zurückzuführen.

Temeswar hat die Ausschreibung für den Titel „Kulturhauptstadt Europas 2021“ gewonnen und es wird nun dort eine rege Tätigkeit im Bereich Denkmalsanierung erwartet.

Die Geschäftsanbahnung bietet kleinen und mittleren deutschen Unternehmen (KMU) aus dem Bereich Restaurierung und Denkmalpflege, neben einer intensiven Vorbereitung und Sondierung von Geschäftsmöglichkeiten, eine gezielte Unterstützung beim Auf- und Ausbau von Geschäftsaktivitäten vor Ort. Neben einer im Vorfeld erstellten Zielmarktanalyse beinhaltet die Geschäftsreise verschiedene Projektbesuche und strategische Treffen in Siebenbürgen (Hermannstadt, Deutsch-Weißkirch/Viscri, Schäßburg, Karlsburg und Temeswar) sowie eine Präsentationsveranstaltung in Klausenburg, bei der sich die Teilnehmer einem ausgewählten Fachpublikum vorstellen können. Im Fokus der Reise stehen individuell organisierte Geschäftsgespräche, die die Grundlage für neue Kooperationen und zukünftige Auftragsakquisitionen schaffen sollen.

Der Teilnehmerbeitrag beträgt in Abhängigkeit von der Größe des Unternehmens zwischen 500,- Euro und 1000,- Euro (Netto). Darüber hinaus tragen die Unternehmen die individuellen Reise-, Unterbringungs- und Verpflegungskosten.

Eine Anmeldung kann bis spätestens 10. Februar 2017 erfolgen.

Details sind unter

<http://rumaenien.ahk.de/projekte/markterschliessungsprojekt2017/> bzw. im Projektflyer auffindbar

19.- 24. Mai: Delegationsreise nach Teheran und Bandar Abbas

(BMWi) - Vom 19. bis 24. Mai organisiert COMMIT im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie eine Geschäftsanbahnung zum Thema Schiffbau, Meeres- und Offshore-Technik in den Iran. Die Veranstaltung ist Bestandteil des BMWi-Markterschließungsprogramms für KMU und wird aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages gefördert. Die Durchführung erfolgt in Kooperation mit dem Verband für Schiffbau und Meerestechnik (VSM), der AG Marine Equipment and Systems des Verbands

Deutscher Maschinen- und Anlagenbau e.V. (VDMA) und der Deutschen Iranischen Handelskammer (AHK).

Der Iran ist wichtiges Transitland zwischen dem Kaspischen Meer und dem Persischen Golf und bietet mit seiner 2.440 km langen Küstenlinie und Wasserstraßen für einige Nachbarn den wichtigsten Zugang zum Meer. Daher sucht der Iran nach langfristigen maritimen Transportinfrastrukturen für Personen und Güter. Die iranische Regierung will – in Erwartung einer Stärkung der Konjunktur – die Häfen und die Handelsflotte ausbauen und modernisieren. Die inländischen Werften können den Bedarf an Schiffen jedoch bei weitem nicht alleine decken.

Regionaler Schwerpunkt der Geschäftsanbahnung bildet -neben der pulsierenden Hauptstadt Teheran als Sitz aller Ministerien und der wichtigsten Unternehmen- die Hafenstadt Bandar Abbas Die Hauptstadt der Provinz Hormozgan im Süden des Iran am Persischen Golf besitzt den größten Hafen des Landes. Mit etwa 426.000 Einwohnern ist Bandar Abbas Heimat der größten Werft des Iran, der „Iran Shipbuilding & Offshore Industries Complex Co.“ (ISOICO). Ziel der Geschäftsanbahnung ist die Vermittlung individueller Geschäftsgespräche. Im Rahmen von Präsentationsveranstaltungen wird die Leistungsfähigkeit der deutschen Branchenvertreter vorgestellt, dabei werden B2B-Gespräche mit potenziellen Geschäftspartnern geführt. Bei Unternehmens- und Behördenbesuchen werden Sie an konkrete Projekte und Partner herangeführt. Dabei werden Sie auch über Marktchancen und -entwicklungen, politische und rechtliche Rahmenbedingungen sowie praktische Fragen der Branche informiert. Bereits im Vorfeld erhalten die Teilnehmer dazu eine Zielmarktanalyse, die ihnen eine fundierte Vorbereitung auf die Gespräche vor Ort ermöglicht.

Die Teilnehmer tragen ihre Reisekosten sowie einen Eigenanteil an den Organisationskosten, der von der Unternehmensgröße abhängig ist:

- 500,- € (Brutto) bei Unternehmen mit unter 1 Mio. € Jahresumsatz und weniger als 10 Mitarbeitern
- 750,- € (Brutto) bei Unternehmen mit unter 50 Mio.€ Jahresumsatz und weniger als 500 Mitarbeitern
- 1.000,- € (Brutto) bei Unternehmen mit mehr als 50 Mio. € Jahresumsatz oder mehr als 500 Mitarbeitern

Für weitere Informationen zur Reise und zur Anmeldung steht Viktor Kruschinski unter 030-2061648 13 zur Verfügung, Anmeldeschluss ist der 28. Februar.

21.- 28. Mai: Unternehmerreise des Landes Niedersachsen nach China und Japan

(MW/SK) - Im kommenden Mai werden Ministerpräsident Stephan Weil und Wirtschaftsminister Olaf Lies mit einer Wirtschaftsdelegation die Volksrepublik China und Japan besuchen. Gemeinsame Reisestationen in China werden Beijing und Jinan (Provinz Shandong) sein. Im Anschluss wird Ministerpräsident Stephan Weil mit seiner Delegation nach Japan weiterreisen mit Stationen in Tokyo und der niedersächsischen Partnerpräfektur Tokushima. Wirtschaftsminister Olaf Lies wird mit einer Wirtschaftsdelegation als weitere Stationen in China Shenzhen (Provinz Guangdong) und Hefei (Provinz Anhui) besuchen. Weitere Informationen auf www.ihk-lueneburg.de Dokument-Nr. 3629830.

11.- 18. Juni: Unternehmerreise des Landes Niedersachsen nach Mexiko und Kuba

Das Land Niedersachsen plant in Zusammenarbeit mit der Metropolregion Bremen-Oldenburg im Juni eine Unternehmerrreise nach Mexiko und Kuba. Schon jetzt können sich interessierte Unternehmen auf die Interessentenliste setzen lassen. Dazu bitte eine einfache E-Mail an hubert.buehne@stade.ihk.de senden mit dem Betreff „Interesse an der Reise Mexiko / Kuba“ und der Anschrift des Interessenten mit Email-Adresse.

Zoll- und Außenwirtschaftsrecht

Algerien: Erhöhung der Mehrwert- und Verbrauchssteuer

(gtai) - Mit dem algerischen Finanzgesetz für 2017 wurden unter anderem die Mehrwert- und die Verbrauchsteuer erhöht. Der Regelsatz der Mehrwertsteuer wurde von 17% auf 19% angehoben, der ermäßigte Steuersatz von 7% auf 9%. Dem ermäßigten Steuersatz unterliegen beispielsweise einige Nahrungsmittel, Bücher und bestimmte LKW.

APS Verfahren registrierter Ausfühler (REX) bei Ausstellung von Ersatz-Ursprungsnachweisen

(Zoll) - Seit dem 01. Januar wird die Dokumentation des präferenziellen Ursprungs von Waren im Allgemeinen Präferenzsystem (APS) sukzessive auf das

System des registrierten Ausführers (REX) umgestellt. Zu diesem Zeitpunkt beginnt auch die Registrierung in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Nach einer Mitteilung der Europäischen Kommission kann das REX-System für den Weiterversand von Ursprungswaren in die Schweiz oder nach Norwegen nach Artikel 101 UZK-IA noch nicht angewendet werden, da das zugrundeliegende Briefwechselabkommen mit der Schweiz und Norwegen (vgl. EU-Abl. L 38 vom 08. Februar 2001) zur gegenseitigen Anerkennung des APS noch nicht an das REX-System angepasst ist. Das bedeutet, dass auch ein bereits registrierter Ausführer noch keine Ersatz-Erklärung zum Ursprung für den Weiterversand in die Schweiz oder nach Norwegen abgeben darf, sondern weiterhin nur mit einem durch die Zollstelle ausgestellten Ersatzursprungszeugnis Form A möglich ist.

Aserbaidshans: Zollsenkungen für eine Vielzahl von Maschinen und Geräten

(gtai) - Aserbaidshans Ministerkabinett hat für eine große Anzahl von Waren die Zölle gesenkt. Für viele Waren des Kapitels 85 des Aserbaidshansischen Zolltarifs sind die Zölle von 0,5% oder 3% (des Zollwertes) auf 0% gesunken. Für andere Waren wurden neue Positionen mit Zollbefreiungen eingeführt. So werden einige Waren des Kapitels 84, sofern sie für die zivile Luftfahrt bestimmt sind, vom Einfuhrzoll befreit, ebenso einige Waren der Warengruppe 8702, wenn sie in Flughäfen eingesetzt werden sollen.

Belarus: Ausfuhrlicenzen für Holz eingeführt

(gtai) - Ab dem 01. Februar werden in Belarus bei der Ausfuhr bestimmter Holzwaren Ausfuhrlicenzen benötigt. Betroffen sind Hölzer und Holzwaren mit folgenden Warennummern: 440311000, 440312000, 4403211100, 4403219100, 4403231100, 4403239100, 4403911000, 440395000, 4404100000, 4404200000. Die Licenzen sind beim Ministerium für Antimonopol-Regulierung und Handel zu beantragen und können entweder für eine einzelne Ausfuhr oder zur generellen Verwendung ausgestellt werden. Die Licenzierungspflicht gilt für die Dauer von sechs Monaten.

China: Senkung der Einfuhrzölle 2017

(CF) - Die VR China hat zahlreiche Zollsenkungen für das Jahr 2017 bekannt gegeben. Die Zollsenkungen wurden als vorläufig bezeichnet. Betroffen sind zahlreiche landwirtschaftliche Waren, mineralische Grundstoffe,

Kohle, Gas und Mineralöle, chemische Grundstoffe und Erzeugnisse, Kunststoffe und Waren daraus, bestimmte Rohleder, Hölzer, Kork und Papiere, bestimmte Garne und Bekleidung, Schuhe, Waren aus Porzellan und Glas, Perlen, bestimmte Legierungen aus Eisen, Kupfer, Nickel, Aluminium, Zink, Wolfram, Kobalt, Wismut, Titan, Antimon und anderer Metalle sowie Waren daraus, Messer und Bestecke, mechanische und elektrotechnische Waren, bestimmte Nutzfahrzeuge und Teile dafür, optische Waren, medizinische Geräte sowie Mess- und Regelinstrumente, Musikinstrumente, Matratzen, bestimmte Sportgeräte und Kunstgegenstände.

Dänemark: Änderungen für RUT-Meldungen

(DDH) - Seit dem 06. Januar müssen alle entsendenden Unternehmen bei der RUT-Registrierung angeben, wo der entsendete Mitarbeiter sozialversichert ist. Bislang war diese Information freiwillig. Darüber hinaus muss nun angegeben werden, ob eine A1-Bescheinigung ausgestellt bzw. beantragt wurde. Wird diese Frage jeweils mit Ja beantwortet, muss die A1-Bescheinigung bzw. ein Nachweis für ihre Beantragung hochgeladen werden. Die dänische Arbeitsaufsichtsbehörde kontrolliert, ob die Eintragungen im RUT-Register korrekt und vollständig sind. Bei Fehlern oder Unvollständigkeit können Geldbußen von 10.000 DKK / ca. 1.300 EUR bzw. 20.000 DKK/ ca. 2.600 EUR bei wiederholten Verstößen verhängt werden.

Deutschland: Elektronische Zollmeldung ausländischer Arbeitnehmer

(Zoll.de) - Ausländische Unternehmer, die ihre Mitarbeiter nach Deutschland entsenden, müssen diese für die Dauer ihrer Tätigkeit beim Zoll anmelden. Die Meldepflicht gilt insbesondere für die Branchen Bau, Gebäudereiniger, Friseur, Wäscherei oder Fleischer. Dies gilt auch für ausländische Zeitarbeitsfirmen. Bisher war die Meldung nur schriftlich per Fax oder Brief an die Generalzolldirektion in Köln möglich. Seit Januar soll die Meldung elektronisch über die Plattform „Meldeportal-Mindestlohn“ vorgenommen werden. Bis zum 30. Juni gilt noch eine Übergangsfrist, so dass die Meldungen weiterhin per Fax eingereicht werden könnten. Der Inhalt der Meldungen hat sich nicht verändert und es ergeben sich keinerlei neue Informationspflichten. Zur Online-Meldung gelangt man über: <https://www.meldeportal-mindestlohn.de>

Europäische Union: Antidumpingzoll auf Fahrzeugräder aus Aluminium mit Ursprung in der VR China

(gtai) - Die EU-Kommission führt nach Abschluss der im Oktober 2015 eingeleiteten Auslaufüberprüfung (Einleitungsbekanntmachung - ABl. C 355 vom 27. Oktober 2015, S. 8) mit Wirkung vom 25. Januar 2017 einen endgültigen Antidumpingzoll auf die Einfuhren von Rädern aus Aluminium für Kraftfahrzeuge der KN-Positionen 8701 bis 8705, auch mit Zubehör, auch mit Reifen, mit Ursprung in der Volksrepublik China ein. Die betroffenen Räder werden derzeit unter den KN-Codes ex 8708 70 10 und ex 8708 70 50 (TARIC-Codes 8708 70 10 10 und 8708 70 50 10) eingereiht. Der endgültige Antidumpingzollsatz auf den Nettopreis frei Grenze der Europäischen Union, unverzollt, für die genannten Räder beträgt 22,3%. Die mit der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 964/2010 des Rates (ABl. L 282 vom 28. Oktober 2010, S. 1) ursprünglich eingeführte Maßnahme bestand ebenfalls in einem Wertzoll in Höhe von 22,3%. Von daher haben sich mit der Einführung des neuen endgültigen Antidumpingzolls keine Änderungen gegenüber der bisherigen Maßnahme ergeben. Neben der Antidumpingmaßnahme überwacht die Kommission ab sofort auch die Einfuhr von Rädern aus Aluminium für Fahrzeuge der KN-Position 8716, auch mit Zubehör, auch mit Reifen (Einreihung nach KN-Code ex 8716 90 90). Derartige Einfuhren sind in der Erklärung zur Überführung in den zollrechtlich freien Verkehr, unabhängig vom Ursprungsland, in dem entsprechenden Feld der Erklärung mit dem TARIC-Code 8716 90 90 10 anzumelden. Die Mitgliedstaaten sind angewiesen, die Kommission monatlich über die unter diesem Code eingeführte Stückzahl und über den Ursprung der Ware zu unterrichten.

Europäische Union: Informationen zum Export aus afrikanischen Ländern in die EU

(EK) - Der Export Helpdesk ist ein Online-Service der Europäischen Kommission, der Entwicklungsländern den Zugang zu den Märkten der EU erleichtern soll. Das Angebot ist kostenlos und es kann in den Sprachen Englisch, Französisch, Spanisch, Arabisch, Russisch und Portugiesisch genutzt werden. Weitere Informationen unter: <http://exporthelp.europa.eu/thdapp/index.htm>

Europäische Union: Neue Regeln erleichtern grenzüberschreitendes Eintreiben von Schulden

(EK) - Die zum 18. Januar in Kraft tretende Verordnung zum Europäischen Beschluss zur vorläufigen Kontenpfändung soll das EU-weite, grenzüberschreitende Eintreiben von Forderungen erleichtern. Durch den Europäischen Beschluss kann das Gericht eines EU-Mitgliedstaates das Bankkonto eines Schuldners in

einem anderen EU-Mitgliedstaat sperren. Voraussetzung ist ein grenzüberschreitender Bezug zwischen Gericht oder Sitz des Gläubigers und dem Land der Kontoführung. Weitere Informationen und Voraussetzungen zum Verfahren der vorläufigen Kontenpfändung sind auf dem Europäischen Justizportal hinterlegt: https://e-justice.europa.eu/content_european_account_preservation_order-379-de.do?init=true

Japan: Handelsabkommen mit der EU fast unterschriftsreif

(gtai) - Die Verhandlungen über das bedeutende Freihandelsabkommen zwischen Japan und der EU sollen im Jahr 2017 wieder zügig aufgenommen werden. Dass es 2016 nicht mehr klappte, hatte nach Aussagen der Verhandlungspartner weder etwas mit dem Brexit-Votum noch mit dem Bedeutungsverlust des TPP-Abkommens (Trans Pacific Partnership) zu tun.

Liberia: Veröffentlichung des nationalen Zolltarifs 2017

(gtai) - Die liberianische Steuerbehörde LRA hat den nationalen Zolltarif 2017 auf ihrer Internetseite veröffentlicht. Außer Zollsätzen enthält er auch Angaben zu Verbrauchsteuer- und Umsatzsteuersätzen. Der nationale Tarif beruht auf dem gemeinsamen Außenzolltarif der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS, wendet jedoch mehr als dessen fünf Zollstufen zwischen 0 und 35 Prozent an. So gelten in Liberia derzeit beispielsweise auch Importzölle in Höhe von 8, 14, 22, 24, 26 und 27 Prozent. Die Mitgliedstaaten der ECOWAS haben fünf Jahre Zeit, ihre Zölle schrittweise an den gemeinsamen Außenzolltarif anzupassen, dessen verpflichtende Anwendung ab 2020 vorgesehen ist. Weitere Informationen unter: <http://lra.gov.lr/customs2017.pdf>

Madagaskar: Zollsenkung für eine Vielzahl von Waren mit EU-Ursprung

(gtai) - Madagaskar hat zum 01. Januar für eine Vielzahl von Waren mit Ursprung in der EU die Einfuhrzölle von bisher 8 auf 5% gesenkt. Von der Zollsenkung betroffen sind insgesamt 1.546 Tariflinien. Mit der Maßnahme hat Madagaskar die im Rahmen des Interims-Wirtschaftspartnerschaftsabkommen EU/Staaten des östlichen und südlichen Afrika (ESA-Staaten) zum 1. Januar für „Zwischenerzeugnisse“ (ABl. L 111 vom 24. April 2012, S. 249 bis 323) vereinbarten Zollsenkungen umgesetzt. Nach dem im Abkommen vorgesehenen Abbauschema ist die nächste Zollsenkung für diese Warengruppe auf dann 3% für 2020 vorgesehen. Vollständig abgebaut sollen die Zölle für „Zwischenerzeugnis-

se“ im Jahre 2022 sein. Eine detaillierte Aufstellung der betroffenen Waren (mit Zolltarifnummer und Warenbeschreibung) enthält das LOI N° 2016 – 032 du 28 décembre 2016 portant LOI DE FINANCES POUR 2017 (S. 92 bis 131).

Türkei: Schutzzölle auf Stahlrohre, Pumpen, Generatoren und Traktoren

(gtai) - Die Türkei hat für bestimmte Stahlrohre, Dieselmotoren, Verdrängerpumpen, Stromgeneratoren, Traktoren und Fahrzeugteile Schutzzölle erlassen. Details ergeben sich aus Erlass Nr. 2017/9750. Die Zölle gelten nur für Länder, mit denen die Türkei weder eine Zollunion noch ein Freihandelsabkommen unterhält (Spalten 4, Entwicklungsländer und 8, andere). Damit Einfuhren mit Ursprung in der EU, EFTA, der Euro-Med-Gruppe, Südkorea und Mauritius (Spalten 1 bis 3) ohne Erhebung von Schutzzöllen eingeführt werden können, ist ein Ursprungszeugnis erforderlich.

Ländernotizen

Algerien: Pharmasektor entwickelt sich dynamisch

(gtai) - Die Nachfrage nach Medikamenten in Algerien steigt. Im 1. Halbjahr 2016 zogen auch die Importe stark an. Mittelfristig will die Regierung eine lokale Versorgungsquote von 70% erreichen. Zahlreiche internationale Hersteller sind bereits durch Partnerschaften vor Ort, Neue kommen hinzu. Die medizinische Grundversorgung ist im Regionalvergleich bereits gut, nun wird auch die Behandlung von nichtübertragbaren Krankheiten ausgebaut.

Argentinien: Digitalisierung soll an Fahrt gewinnen

(gtai) - Argentinien fährt bei der Digitalisierung je nach Branche und Anwendungsgebiet mit sehr unterschiedlichen Geschwindigkeiten. Während in vielen Bereichen großer Nachholbedarf besteht, ist das einheimische Ökosystem der Internetbranche gut entwickelt. Einige argentinische Technologieunternehmen gehören zu den Topadressen der Branche in ganz Lateinamerika und darüber hinaus. Die Regierung treibt im Parlament ein Fördergesetz voran, um die Gründung von Startups zu beschleunigen.

Aserbaidshon: Ausbau des Transportsektors

(gtai) - Aserbaidshon will zu einer Handelsdrehscheibe zwischen Ost und West aufsteigen. Dafür treibt die Regierung den Ausbau der Transportrouten voran. Überregionale Projekte werden von internationalen Gebern flankiert. Die Regierung will künftig den Logistiksektor stärker privat ausrichten.

Baltikum: Gute Geschäftschancen für Maschinenbauer

(gtai) - In den baltischen Staaten summierte sich das Marktvolumen für Maschinen und Anlagen im Jahr 2015 auf mehr als 1,9 Mrd. Euro. Dabei sind land- und forstwirtschaftliche Maschinen die größte Produktkategorie. Der abwanderungsbedingte Fachkräftemangel und steigende Löhne sorgen für einen zunehmenden Automatisierungsdruck. Neben Gemeinsamkeiten weisen die Märkte in Estland, Lettland und Litauen spezifische Besonderheiten auf.

Brasilien: Organische Lebensmittel immer beliebter

(gtai) - Brasilien ist einer der größten Produzenten von organischen Lebensmitteln weltweit. Aufgrund der Biodiversität des Landes gibt es eine breite Palette innovativer Produkte, die stärker auf dem deutschen Markt platziert werden könnten. Brasiliens Repertoire reicht von Standardprodukten wie organischem Zucker, Bananen und Kaffee bis hin zu Superfruits wie Açaí oder Guaraná. Die ökologische Landwirtschaft dürfte wegen steigender Konsumentennachfrage an Bedeutung gewinnen.

Brasilien: Erholung der Wirtschaft langsamer als erwartet

(gtai) - Die konjunkturelle Talfahrt in der größten Volkswirtschaft Lateinamerikas hält länger an als befürchtet. Die brasilianische Zentralbank hat ihre Prognosen für 2016 nach unten korrigiert. Auch 2017 wird die Wirtschaft kaum wachsen. Ein milliardenschwerer Korruptionsskandal lähmt zusätzlich die Unternehmen. Die Einfuhren dürften 2017 aufgrund des aufgewerteten Real steigen. Unternehmensinvestitionen und Konsum profitieren von der Senkung des Leitzinses.

China: Schwierige Zeiten für Chemiebranche

(gtai) - Für Chinas Chemie- und Petrochemiebranche geht es 2016 kaum bergauf. Die Binnenkonjunktur sorgt nur für einen moderaten Nachfrageanstieg, der Export geht zurück, und der Ölpreis bleibt im Keller. Die Umsätze dürften daher nur wenig Auftrieb haben. Auch die Investitionen scheinen auf dem Niveau von 2015 zu stagnieren, und die Gewinne sinken. Dabei müsste sich der Sektor konsolidieren und modernisieren, um effizienter zu produzieren und erhöhte Umweltanforderungen einzuhalten.

China: Neue Registrierungsvorschrift für Babymilchpulver

(gtai) - Zum 1. Oktober 2016 trat in der VR China die neue Registrierungsvorschrift für Babymilchpulver in Kraft. Babymilchpulver - etwa aus Deutschland, Australien und Neuseeland - ist besonders in der chinesischen Mittelschicht sehr gefragt. Unter dem Deckmantel des Verbraucherschutzes zwingt China Anbieter von Babymilchpulver neuerdings zur Offenlegung ihres gesamten betrieblichen Know-hows. Hinzu kommen unrealistische Forderungen zur Registrierung von Bezugsquellen oder zur Weitergabe von Personaldaten.

China: Geldüberweisungen aus der VR werden beschränkt

(gtai) - Die Währung der VR China ist unter Druck. Daher reagieren die Behörden mit administrativen Beschränkungen, um die Abflüsse zu stoppen.

China: Besorgniserregend schnelle Verschuldung

(gtai) - Die VR China finanziert einen wachsenden Teil ihres Wirtschaftswachstums auf Kredit. Zwar gilt die amtliche Gesamtverschuldung von 249% des Bruttoinlandsprodukts noch als verkraftbar. Doch ist das Tempo, mit dem der Schuldenberg wächst, und die Verschuldung der Staatsunternehmen problematisch. Während dort viele Gelder in unrentablen Kapazitätsausbau fließen, haben die in der Regel effektiver wirtschaftenden Privatfirmen kaum Zugang zu Fremdkapital aus dem staatlichen Bankensystem.

Dänemark: Kopenhagens Klimaplan zieht Investitionen in Milliardenhöhe nach sich

(gtai) - Dänemarks Hauptstadt Kopenhagen will bis 2025 klimaneutral sein. Um das zu erreichen, verfolgt sie eine Vielzahl von Projekten, die sich unter anderem auf die vollständige Umstellung von Heizkraftwerken auf Biomasse, energieeffiziente Gebäudesanierungen und den Umstieg auf umweltneutrale Kraftstoffe konzentrieren. Bei vielen dieser Vorhaben stellen private Firmen ihre Umweltexpertise bereit. Ferner kooperiert die Stadt mit Wohnungsgesellschaften und anderen Immobilienbesitzern.

Finnland: Wichtige Änderungen im Arbeitsrecht

(gtai) - Die maximale Dauer der Probezeit wurde von vier auf sechs Monate verlängert. Die „Rücknahmepflicht“ wurde von neun auf vier Monate verkürzt. Sie besagt, dass Arbeitgeber freie Stellen betriebsbedingt gekündigten ehemaligen Mitarbeitern anbieten müssen, bevor sie anderweitig besetzt werden können. Geändert wurden auch die Vorschriften zur Befristung von Arbeitsverhältnissen. Es ist nun möglich, mit Langzeitarbeitslosen für die Dauer von höchstens einem Jahr befristete Arbeitsverträge abzuschließen, ohne dass es dafür einen sachlichen Grund geben müsste.

Finnland: Elektrobusse in Helsinki

(gtai) - Am 23. Januar hat der erste elektrobetriebene Bus der Stadt den regulären Linienbetrieb aufgenommen. Im Laufe des Winters werden insgesamt vier Linker-Busse in den Straßen Helsinkis unterwegs sein und das Netzwerk der Aufladestationen wird ausgebaut, unter anderem entsteht eine 2,6 Millionen Euro teure Anlage am Hauptbahnhof. Bis Ende des Jahres 2017 soll die Kapazität in der Metropolregion auf insgesamt 12 schnell aufladbare Elektrobusse aufgestockt werden. Der erforderliche Strom für eine planmäßige Fahrt kann in nur zwei bis vier Minuten geladen werden.

Frankreich: Erhöhung des Mindestlohns

(SPF) - In Frankreich wurde der allgemeine gesetzliche Mindestlohn (SMIC) zum 1. Januar von 9,67€ auf 9,76€ pro Stunde erhöht. Das entspricht einem Mindestmonatslohn von 1.480,27€ (auf der Grundlage einer 35-Stunden-Woche).

Frankreich: Verlängerung der Ausschreibung für das "Schiff der Zukunft"

(gtai) - Im Rahmen des Programms Investitionen für die Zukunft (Programme d'Investissements d'Avenir, PIA) fördert die französische Umweltagentur Ademe die Entwicklung von Innovationen im Schiffbau. Die Frist für die Einreichung von Projekten wurde vom 1. Oktober 2016 auf den 1. Februar 2017 verlängert. Unterstützt werden Forschung und Entwicklung mit direkten Subventionen und der Bau von Prototypen mit zinslosen Darlehen.

Frankreich: Wirtschaftsausblick

(gtai) - Im April und Mai 2017 wählt Frankreich einen neuen Präsidenten. In weiten Teilen der Wirtschaft wird daher im 1. Halbjahr eine eher abwartende Haltung vorherrschen. Die meisten Prognosen gehen von wenig veränderten Kennzahlen gegenüber 2016 für die wirtschaftliche Entwicklung aus. Das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes (BIP) dürfte sowohl im laufenden Jahr als auch 2017 bei real 1,3% liegen. Wesentliche Stütze sind neben dem privaten Verbrauch weiter die Unternehmensinvestitionen.

Griechenland: Wirtschaftsausblick 2017

(gtai) - Die Europäische Union prognostiziert für 2017 ein deutliches Wirtschaftswachstum in Griechenland. Dazu sollen Investitionen, Außenhandel und privater Konsum beitragen. Damit sich die Wirtschaft tatsächlich erholen kann, müssten jedoch die Kapitalkontrollen aufgehoben sowie die Banken- und Unternehmensliquidität wiederhergestellt werden. Die genaue Umsetzung der Strukturreformen wird in der EU-Prognose ebenfalls vorausgesetzt.

Griechenland: Produktmärkte 2017

(gtai) - EU-Fördermittel unterstützen die griechische Maschinenbauindustrie und die Landwirtschaft. Reformen auf dem Markt für erneuerbare Energien und geplante Erdöl- und Gasförderungen sollen den Energiesektor stimulieren. Der Kfz-Markt dürfte vor allem durch eine starke Nachfrage im Tourismus zulegen. Discounter profitieren vom stark eingebrochenen Nahrungsmittelmarkt. Ausgabenkürzungen im Gesundheitssektor legen den Medizintechnikmarkt lahm.

Iran: Nahrungsmittelindustrie bietet Chancen

(gtai) - Irans Lebensmittelhersteller werden im Wesentlichen von heimischen Agrarerzeugern versorgt, wichtige Ausnahmen sind Reis und Sojabohnen. Die Lebensmittelindustrie leidet derzeit unter hohen Überkapazitäten beziehungsweise unter einer schwachen Nachfrage. Neue und bessere Produkte sollen den Absatz im In- und Ausland ankurbeln. Dazu sind Investitionen in die Modernisierung der Produktions- und Verpackungstechnik erforderlich. Kooperationen mit ausländischen Partnern werden angestrebt.

Iran: Sachstand Sanktionen

(USDT) - Das US Department of the Treasury hat Ende 2016 bezüglich der Snap Back Regelung und der General License J-1 seine FAQ aktualisiert. Insbesondere wird für den Fall eines Snap Back klargestellt, dass es keine rückwirkenden Sanktionen für nach dem Joint Comprehensive Plan of Action (JCPOA) erlaubte Handlungen geben wird. Unternehmen können nach einem eventuellen Snap Back ihre Geschäfte während einer Übergangsperiode von 180 Tagen beenden. Außerdem sollen sie auch nach einem Snap Back Zahlungen aus dem Iran annehmen können, soweit diese auf vom JCPOA gedeckten Verpflichtungen beruhen. Auch nach den erfolgten Sanktionslockerungen sind Ausfuhren und Rechtsgeschäfte mit bzw. im Iran nach wie vor teilweise verboten oder genehmigungspflichtig.

Israel: Sonderkennzeichnung für ungesunde Nahrungsmittel

(gtai) - Im November 2016 hat das israelische Gesundheitsministerium die Einführung einer Sonderkennzeichnungspflicht für gesundheitsschädliche Nahrungsmittel beschlossen. Die Regelung soll ab Anfang 2018 greifen. Kernpunkt sind warnende Aufdrucke auf Produkten mit hohem Gehalt an Zucker, Salz und gesättigten Fettsäuren. Auch die Werbung für solche Produkte soll eingeschränkt werden.

Italien: Neue Regeln bei Entsendungen

(AHK) - Am 26. Dezember ist das neue italienische Arbeitnehmer-Entsendegesetz in Kraft getreten. Darin sind neue Verpflichtungen für im EU-Ausland ansässige Unternehmen, die Arbeitnehmer nach Italien entsenden, vorgesehen. Die neuen Verpflichtungen betreffen folgende Bereiche: Meldeverfahren für Entsendungen, die Bereitstellung von Unterlagen sowie die

Ernennung von Ansprechpersonen. Vor Beginn der Entsendung muss eine Entsendungsmeldung an das italienische Arbeits- und Sozialministerium übermittelt werden. Des Weiteren hat das entsendende Unternehmen die Pflicht, eine Reihe von Unterlagen in italienischer Sprache während der Entsendung und in den zwei auf das Ende der Entsendung folgenden Jahren bereitzuhalten. Dazu gehören Arbeitsverträge, Lohnabrechnungen, Arbeitszeitnachweise, Belege über die Lohnauszahlung, Anmeldung der Arbeitnehmer bei den zuständigen Behörden und A1-Formulare. Schließlich ist eine Ansprechperson mit Anschrift in Italien zu ernennen, die Dokumente entgegennehmen und versenden kann, sowie ein Unternehmensvertreter, mit dem die lokalen Gewerkschaften z.B. Betriebsabkommen verhandeln können. Bei Nichtbeachtung der Bestimmungen drohen Geldstrafen. Fragen zur Entsendung von Arbeitnehmern nach Italien beantwortet bei der Deutsch-Italienischen Handelskammer (AHK) Frau Carolina Pajè, Tel.: +39 02 398009-52, E-Mail: paje@deinternational.it

Italien: Markt für LED-Leuchten wächst

(gtai) - In Italien setzt sich moderne und energieeffiziente Beleuchtungstechnik durch. Im Wohnsegment ist das schon weitgehend geschehen. Doch auch die öffentliche Verwaltung ersetzt immer mehr Straßenlampen durch LED-Leuchten, um Stromkosten zu sparen. In diesem Bereich sind Steuerungslösungen gefragt. In der italienischen Industrie hat sich die moderne Technik noch nicht so weit durchgesetzt.

Kanada: Ausbau des Hochgeschwindigkeitsnetzes

(gtai) - Die kanadische Telekomregulierungsbehörde CRTC hat Ende 2016 verfügt, dass künftig jeder Haushalt Zugang zu Breitband-Internetverbindungen mit einer Downloadgeschwindigkeit von mindesten 50 Mbit pro Sekunde haben soll. Vor allem in den ländlichen Regionen ist das High-Speed-Internet oft noch nicht erhältlich. Die kanadischen Telekomkonzerne wollen in den kommenden Jahren ihre Glasfasernetze weiter ausbauen. Derzeit ist nur jeder vierte Haushalt daran angeschlossen.

Kanada: Etablierung als „Fintech-Hub“

(gtai) - Der Finanzsektor zählt zu den Schlüsselbranchen der kanadischen Wirtschaft. Die Geschäftsbanken wollen in den nächsten Jahren umfangreiche Investitionen in die Entwicklung von Financial-Technology-Anwendungen (Fintech) tätigen. Immer mehr Kanadier nutzen entsprechende Applikationen für die

Abwicklung ihrer Bankgeschäfte. In den letzten Jahren sind in Toronto und Vancouver Fintech-Cluster entstanden, die zahlreiche Start-ups und Investoren anziehen.

Kolumbien: Erhöhung der Verkaufssteuer

(gtai) - Die Verkaufssteuer (Impuesto sobre las Ventas) wurde mit Wirkung vom 01. Januar von 16% auf 19% erhöht. Gesetzliche Grundlage ist Art. 184 des Gesetzes 1819 vom 29. Dezember. Die Steuer wird auf Verkäufe von Waren, die Erbringung von Dienstleistungen im Inland und aus dem Ausland und auf Warenimporte erhoben. Von der Steuer befreit sind gemäß Art. 175 des Gesetzes unter anderem der Verkauf oder der Import von lebenden Tieren, Nahrungsmitteln, Propangas, elektrischem Strom, Arzneimitteln, Zeitungsdruckpapier, Außenbordmotoren und Traktoren für den landwirtschaftlichen Gebrauch.

Korea (Rep.): Ausbau des Schnellstraßennetzes

(gtai) - Die koreanische Regierung will bis 2020 insgesamt 28,9 Bill. Won (circa 22,5 Mrd. Euro; 1 Euro = rund 1.284 Won; im Jahresdurchschnitt 2016) für den Ausbau der Straßeninfrastruktur im "Land der Morgenstille" ausgeben. Auf diese Weise sollen die Straßen vor allem in den Ballungsräumen entlastet werden. Ebenso erhofft sich die Regierung einen Impuls für die schwächelnde Binnenkonjunktur.

Kuba: Wirtschaftsausblick 2017

(gtai) - Geringe Deviseneinnahmen verringern 2017 den Spielraum für öffentliche Investitionen und Konsumausgaben in Kuba. Ausländische Unternehmen investieren dank der wirtschaftlichen Öffnung verstärkt im Land, allerdings kann die Karibikinsel aufgrund von weiterhin bestehenden Restriktionen ihr volles Potenzial nicht ausschöpfen. Im Handel mit Kuba hängen die Geschäftschancen weiter stark vom Sektor ab.

Luxemburg: Ein-Euro GmbH

(gtai) - In Luxemburg ist zum 17. Januar eine weitere Neuerung im Gesellschaftsrecht in Kraft getreten. Ab sofort ist es möglich, eine so genannte „société à responsabilité limitée simplifiée“ (abgekürzt: S.à.r.l.-S.) zu gründen.

Dabei handelt es sich um eine Kapitalgesellschaft, die mit stark verringertem finanziellem und verwaltungstechnischem Aufwand gegründet werden kann. Diese neue Rechtsform steht ausschließlich natürlichen Personen zur Verfügung, und zwar sowohl was Eigentümer als auch Management betrifft. Die Gründung ist privatschriftlich möglich, das heißt, eine notarielle Beurkundung der Gründungsunterlagen ist nicht erforderlich. Sie kann nur für solche Aktivitäten gegründet werden, für die eine Niederlassungsgenehmigung erforderlich ist. Das Mindestkapital beträgt zwischen einem Euro und 12.000 Euro. Die genaue Rechtsform muss, entweder ausgeschrieben oder abgekürzt, stets mit dem Namen der Gesellschaft benannt werden.

Malaysia: Investitionen in die Sportinfrastruktur

(gtai) - Malaysias südlicher Teilstaat Johor erlebt nicht nur einen Wohnungsbauboom, er soll auch zu einem Sporthub ausgebaut werden. Zwei große staatliche Unternehmen sind bereits mit dem Bau mehrerer öffentlicher Sportkomplexe beauftragt.

Mexiko: Bedarf an Wassertechnik

(gtai) - Auch bei einer 2017 voraussichtlich schwächeren Wirtschaftsentwicklung hat die mexikanische Industrie weiterhin Bedarf an moderner Wassertechnik. Mangels Produzenten im Land wird der größte Teil der Ausrüstung importiert. Neben klassischen Unternehmenskunden etwa aus der Getränke- und Nahrungsmittelindustrie investieren Industrieparks verstärkt in ihre Wasserinfrastruktur, um sich unabhängiger von der oft mangelhaften öffentlichen Versorgung zu machen.

Mexiko: Wiederbelebung des Schiffbau

(gtai) - Die mexikanische Werftenindustrie verfügt heute im Vergleich zu den 1980er-Jahren nur noch über einen Bruchteil ihrer Kapazität. Dabei hat das Land gute Voraussetzungen für den Schiffbau. Ein neues Gesetz soll nun die Werften stärken. Zudem kann in den kommenden Jahren eine höhere Nachfrage nach Arbeitsbooten im Zuge der Energiereform den Markt beleben. Für deutsche Unternehmen ist das Land als Markt für technische Schiffsausrüstung interessant.

Namibia: Großer Handlungsbedarf in Wassersektor

(gtai) - Namibia muss in den kommenden Jahren massiv in die Wasserinfrastruktur investieren. Die Hauptstadt Windhuk droht förmlich auszutrocknen. Die Überlegungen konzentrieren sich auf eine Zufuhr aus dem Kavango-Fluss und Meerwasserentsalzung. Mittelfristig sollen unterirdische Speicherung sowie eine verstärkte direkte Wiederverwendung von Abwasser Abhilfe schaffen. Im Norden wurde ein großer Grundwasserleiter entdeckt.

Namibia: Auf dem Weg zum Logistik-Hub

(gtai) - Namibia will sich zu einem führenden Logistikstandort im südlichen Afrika entwickeln. Der günstig gelegene Tiefseehafen in Walvis Bay wird massiv erweitert, um als Tor für die gesamte Region zu fungieren. Die bereits gut funktionierenden Transportkorridore in die Nachbarstaaten sollen um neue Schienentrassen ergänzt werden. Investitionen fließen auch in den Ausbau des bestehenden Straßen- und Schienennetzes. In Windhuk wird zudem ein Nahverkehrssystem geplant.

Polen: Keine Barzahlungen bei Beträgen über 15.000 Zloty

(HK) - Seit Januar 2017 dürfen Zahlungen, die einen Betrag von 15.000 Zloty übersteigen, nur noch per Überweisung beglichen werden; dies entspricht ca. 3.500 Euro. Andernfalls ist es nicht möglich, diese Kosten als Betriebsausgaben abzusetzen. Zahlungen über Internetzahlungsdienstleister wie z.B. Paypal werden weiterhin akzeptiert.

Polen: Entwicklung einer Strategie für Elektromobilität

(gtai) - Die polnische Regierung hat eine ambitionierte Strategie für Elektromobilität vorgelegt. Ziel ist die Förderung des heimischen Baus von elektrischen Fahrzeugen und entsprechender Teileproduktion für die zukunftssträchtige Sparte der Automobilindustrie. Zudem soll die Bevölkerung zum Umstieg auf umweltfreundliche Kfz motiviert werden. Die aktuelle Marktlage weist jedoch vor allem auf größere Absatzchancen bei Unternehmen und Institutionen hin.

Polen: Durchschnittslöhne auf Rekordhoch

(gtai) - Aus der Analyse der Lohnentwicklung unter Unternehmen, die mindestens zehn Arbeitnehmer beschäftigen, geht hervor, dass der Durchschnittslohn im Dezember 2016 die Höhe von 4.635,77 Zloty Brutto (ca. 1.080 Euro) erreichte. Damit stieg der Lohn im Vergleich zum November nochmals um 300 Zloty (ca. 70 Euro). Der Anstieg betrug somit zum Vormonat 7,1% und im Vergleich zum Dezember 2015 ca. 2,7%. Der Dezember ist traditionell der Monat, mit den größten Lohnzuwächsen dank Prämien und zusätzlichen Monatsgehältern. Vor zwei Jahren lag der Durchschnittslohn noch unter der 4.000 Zloty-Grenze und im Jahr 2006 wurde zum ersten Mal die 3.000 Zloty-Grenze überschritten.

Polen: Erweiterung der Kapazitäten zur Möbelproduktion

(gtai) - Möbel aus Polen erfreuen sich vor allem im Ausland einer wachsenden Beliebtheit. Deutschland nimmt über ein Drittel der Lieferungen ab. Das veranlasst einige Hersteller dazu, ihre Kapazitäten zu erweitern und zu modernisieren. Ein besonders großes Projekt zur Holzverarbeitung nimmt die österreichische Firma Egger in Angriff. Auch im Inland steigt die Nachfrage nach Möbeln und die Importe nehmen zu. Die führenden Lieferländer sind die VR China und Deutschland.

Polen: Telekommunikationsunternehmen investieren weiter

(gtai) - Die Telekommunikationsinfrastruktur wird in Polen sowohl für stationäre als auch mobile Dienste weiter ausgebaut. Im Vordergrund steht das Internet, das immer stärker genutzt wird. Die Nachfrage nach mobilen Lösungen expandiert. Dem Telefonieren per Handy werden Beschränkungen auferlegt. Besitzer von Prepaid-SIM-Karten müssen sich bis Ende Januar 2017 registrieren lassen. Der Wegfall der Roaming-Gebühren zu Mitte Juni beeinträchtigt die Einnahmen der Betreiber zusätzlich.

Portugal: Trennung und Behandlung von Abfällen

(gtai) - In Portugals Entsorgungssektor herrscht durch die lange Krise ein Investitionsstau. Trotz verschiedener Fortschritte gibt es besonders bei der Sortierung von Siedlungsabfällen und der Deponiereduzierung noch viel zu tun. Seit Sommer 2016 werden Projekte im Rahmen des aktuellen EU-Förderrahmens Portugal 2020 bewilligt.

Rumänien: Anhebung des Bruttomindestlohns

(gtai) - Laut Beschluss wird ab dem 01. Februar 2017 der gesetzliche Bruttomindestlohn landesweit auf 1.450 RON (rund 322 EUR) / Monat festgelegt, für durchschnittlich 166 Arbeitsstunden/ Monat. Zurzeit beträgt der garantierte Bruttomindestlohn in Rumänien 1.250 RON (rund 278 EUR).

Russland: Freiwillige Markierung von Arzneimitteln

(gtai) - Die russische Regierung führt zum 01. Februar die freiwillige Markierung von Arzneimitteln ein. Das Pilotprojekt soll bis zum Ende des Jahres (31. Dezember) andauern. Anforderungen an die Markierung, die in Form eines zweidimensionalen Strichcodes erfolgen soll, die Teilnahme an dem derzeit noch freiwilligen Projekt und einige andere Formalien, die zur Umsetzung der Regierungsverordnung notwendig sind, müssen noch vom Gesundheitsministerium festgelegt werden. Nach der freiwilligen Markierung soll diese im Zeitraum 1. Januar - 31. Dezember 2018 verpflichtend eingeführt werden.

Russland: Verlängerung des Ausfuhrverbots von gegerbten Tierhäuten und -fellen

(gtai) - Das bereits seit 2015 bestehende Ausfuhrverbot von gegerbten Tierhäuten der Warenpositionen 4104.11 und 4104.19 bestand zuletzt bis einschließlich 18. Januar. Dieses wurde nun vom 1. Februar bis einschließlich 1. August verlängert.

Schweden: Produktmärkte 2017

(gtai) - Die Auftragslage im Inlandsgeschäft hat sich in Schwedens Verarbeitungsindustrie vom 1. bis 3. Quartal 2016 kaum verändert. Die Nachfrage nach Erzeugnissen des Maschinenbaus ist insgesamt weiter schwach. Die Investitionen in die Bauwirtschaft könnten 2016 um 6% zulegen.

Schweden: Solarenergie bietet noch viel Potenzial

(gtai) - Medienberichten zufolge will Schwedens Regierung die erst zum 01. Juli 2016 eingeführte Steuer auf den Eigenverbrauch von Solarstrom (Ener-

giskatt pa egenanvändning) wieder abschaffen. Vorausgegangen war heftige Kritik aus Politik und Wirtschaft, da die Steuer den Ausbau der Fotovoltaik im Land behindere.

Schweden: Senkung der Stromsteuer für größere Rechenzentren

(gtai) - Größere Rechenzentren müssen in Schweden künftig genauso wenig Stromsteuer zahlen wie die Basisindustrie. Mit dieser drastischen Steuersenkung will die Regierung in Stockholm noch mehr Betreiber anlocken. Das entsprechende neue Gesetz dazu tritt am 1. Januar in Kraft. Damit sinken die Strompreise für Rechenzentren in Schweden auf den niedrigsten Wert EU-weit.

Schweiz: Jeder zehnte Basler hat eine Lieferadresse in Deutschland

(gtai) - Nach einem Bericht der Basler Zeitung (BZ) steigt die Zahl der Schweizer, die sich online erworbene Waren an Lieferadressen in Deutschland zustellen lassen. Das spart Versandkosten, ermöglicht eine Mehrwertsteuererstattung und lässt den Käufer zudem vom aufgewerteten Franken profitieren. Der Wert dieser deutschen "Exporte" ist kaum schätzbar.

Schweiz: Online-Unternehmensgründung klappt problemlos

(gtai) - Über die Plattform StartBiz des Schweizer Wirtschaftsministeriums (Staatssekretariat für Wirtschaft - Seco) können Unternehmen online gegründet werden.

Schweiz: Investitionen in die Transportinfrastruktur

(gtai) - In den letzten Jahren ist der Schweizer Bausektor vor allem durch Investitionen im privaten Wohnungsbau sowie durch Modernisierung, Erweiterung und Neubau von Kliniken und Bildungseinrichtungen angetrieben worden. In den kommenden Jahren will die Regierung nun mit neuen Infrastrukturfonds massiv in den Ausbau und die Instandhaltung des Eisenbahnnetzes und in die Straßeninfrastruktur investieren.

Serbien: Liste genehmigungspflichtiger Waren

(gtai) - Die serbische Zollverwaltung hat eine Zusammenfassung der Waren veröffentlicht, für deren Einfuhr, Ausfuhr oder Durchfuhr eine Genehmigung vorzulegen ist. In der Tabelle werden die Art der Genehmigung, die zuständige Behörde sowie der Grund der Genehmigungspflicht genannt. Unter den Waren befinden sich etwa ozonschädigende Substanzen, Chemikalien und bestimmte Fahrzeuge. Die Tabelle ist einsehbar unter:

<http://www.carina.rs/lat/Zakoni%20latinicaa/Objedinjeni%20spisak%20priloga%20Odluke%2001%2001%202017.pdf>

Slowakei: Digitalisierung der Behörden

(gtai) - Die Slowakei gehört bei der Digitalisierung zum europäischen Mittelfeld. Die Versorgung mit Breitbandanschlüssen ist in größeren Städten sehr gut, Probleme gibt es im ländlichen Raum. Während die Industrie noch weitgehend auf traditionelle Herstellungsprozesse setzt, treibt die Regierung im Verwaltungssektor die Digitalisierung voran. Mitte 2017 sollen Behörden ausschließlich online mit Unternehmen kommunizieren. Ab 2018 geht das E-Health-Projekt in die heiße Phase.

Spanien: Großtender zu erneuerbaren Energien

(gtai) - Spaniens Markt für erneuerbare Energien kommt wieder in Bewegung. Der neue Minister für Energie, Tourismus und Digitale Agenda, Alvaro Nadal, hat Mitte Dezember 2016 vor dem Parlament angekündigt, dass in der ersten Jahreshälfte 2017 eine neue Ausschreibung über 3.000 MW erneuerbarer Kraftwerkskapazitäten erfolgen soll. Sie werde technologisch neutral konzipiert sein. Die Zuerkennung werde wettbewerblichen Kriterien folgen.

Südafrika: Leitfaden über die Mehrwertsteuer veröffentlicht

(gtai) - Der South African Revenue Service (SARS), die nationale Steuerbehörde Südafrikas, hat am 24. Januar 2017 einen umfassenden Leitfaden über die Mehrwertsteuer mit dem Titel „Guide for Vendors - Value-Added Tax (VAT 404)“ herausgegeben. Der Leitfaden ist auf der Internetseite des SARS abrufbar: <http://www.sars.gov.za/AllDocs/OpsDocs/Guides/LAPD-VAT-G02%20-%20VAT%20404%20Guide%20for%20Vendors%20-%20External%20Guide.pdf>

Türkei: Wirtschaftsausblick 2017

(gtai) - Politische Risiken im In- und Ausland belasten die aktuelle wirtschaftliche Entwicklung der Türkei. Für das Jahr 2017 rechnet die Europäische Kommission mit einem Rückgang der Bruttoanlageinvestitionen und einem schwächeren Privatverbrauch. Dagegen soll der Außenhandel wieder zunehmen.

Türkei: Produktmärkte 2017

(gtai) - Zahlreiche Branchen in der Türkei stehen zum Jahreswechsel 2016/17 im Zeichen einer abgeschwächten Konjunktur. Insbesondere der Maschinenbau leidet unter der schwachen Investitionsnachfrage. Die infolge der Währungsabwertung erwarteten Preissteigerungen dämpfen auch die Konsumgüterbranchen. In der Bauindustrie und im Energiesektor werden dagegen weiterhin zahlreiche Projekte umgesetzt.

Türkei: Höhere Steuern und Währungsverfall gefährden Kfz-Verkäufe

(gtai) - Die türkische Kfz-Industrie befürchtet wegen einer Erhöhung der Sonderverbrauchssteuer und dem Währungsverfall einen Absatzrückgang bis zu 20% im Jahr 2017. Diese Prognose betrifft vor allem den Inlandsmarkt, der sich im Vergleich zu den Exporten ohnehin schwächer entwickelt.

Türkei: Ausbau der Infrastruktur

(gtai) - Infrastrukturprojekte werden in der Türkei in erster Linie im Verkehrs- und Energiesektor realisiert. Bereits 2017 soll mit den Bauarbeiten an einer neuen Autobahnbrücke über die Dardanellen begonnen werden. In Ost- und Südostanatolien plant die türkische Regierung umfangreiche Investitionen in die Infrastruktur. Bei der Diversifizierung der Energieversorgung setzt die Regierung auch auf den Einsatz regenerativer Energien. Die Windkraft spielt hier eine herausragende Rolle.

Turkmenistan: Chancen in der Bewässerungstechnik

(gtai) - Turkmenistan braucht dringend moderne Bewässerungssysteme. Die vorhandenen Meliorations- und Drainageanlagen sind größtenteils marode. Das Modernisierungsprogramm für die Bewässerungswirtschaft 2015 bis 2020 zielt vor allem auf eine bessere wirtschaftliche Nutzung des Karakum-Kanals für den Bewässerungsfeldbau ab. Wasser- und energiesparende Technologien sollen verstärkt zum Einsatz kommen.

Uganda: Mautstraßen mit privater Beteiligung

(gtai) - Uganda will für 1,1 Mrd. US\$ eine neue Schnellstraße bauen. Finanzieren sollen das Vorhaben Geber und private Investoren. Weil das Geld ausnahmsweise mal nicht aus der VR China kommt, dürften westliche Firmen gute Beteiligungschancen haben. Sollten die weiteren Finanzverhandlungen erfolgreich verlaufen, wäre dies ein gutes Modell für weitere Infrastrukturvorhaben. Uganda ist in hohem Maße bemüht, wieder private Direktinvestitionen anzuziehen. Diese waren zuletzt eingebrochen.

Usbekistan: Bewässerungswirtschaft auf Investitionskurs

(gtai) - Die Bewässerungswirtschaft Usbekistans wird noch auf Jahre hinaus hohe Investitionen erfordern. Viele installierte Anlagen bedürfen einer Runderneuerung. In den Jahren 2016 und 2017 soll die Wasserversorgung von 560.000 ha Ackerflächen verbessert werden. Die Vorhaben versprechen auch ausländischen Firmen Geschäftschancen, etwa in der Projektierung neuer Anlagen oder bei der Lieferung von Meliorations- und Bautechnik.

USA: Markt für organische Lebensmittel kommt aus der Nische

(gtai) - Der Absatz von Bio-Lebensmitteln bleibt in den USA auf Expansionskurs. Vor allem angetrieben von der anziehenden Nachfrage seitens junger Erwachsener werden auch mittelfristig jährliche Steigerungsraten um die 10% erwartet. Herstellern von nachhaltigen Verpackungen bieten sich gute Absatzpotenziale. Eine Wachstumsbremse für eine noch höhere Marktdynamik ist das unzureichende Tempo, in dem konventionell bewirtschaftete Böden in Bio-Anbauflächen umgewandelt werden.

VR China: Einfuhrverbot für Abfallstoffe

(gtai) - In der VR China wurde die Einfuhr bestimmter Abfallstoffe, die bisher beschränkt gestattet war, verboten. Betroffen sind Zuckerrohrmelasse (chinesische Zolltarifnummer 1703.10.0000) andere Melassen (1703.90.0000), Glimmer (2525.30.0000), Siliziumhaltige Abfälle (2804.61.9091 und 2804.61.9011) Abfälle von Gummi (4004.00.0090), Leder und Kunstleder (4115.20.0090).

Allgemeines

IHK vermittelt freien Eintritt zur CeBIT

Vom 20. bis 24. März findet unter dem Motto „d!conomy: no limits“ die diesjährige CeBIT statt. Die digitale Transformation eröffnet Wirtschaft und Gesellschaft unzählige Möglichkeiten und Chancen, die es jetzt zu nutzen gilt. Auf der CeBIT können Sie erleben, wie aus neuen Technologien die Wertschöpfung von morgen entsteht – wie in der d!conomy aus Ideen Geschäft wird. Mit Japan ist eine der weltweit führenden Technologie-Nationen und eine der größten Wirtschaftsnationen der Welt Partnerland der CeBIT. Japan wird sich mit einem großen Stand in der Halle 4 mit mehr als 100 Unternehmen präsentieren. Die IHK bietet in Kooperation mit der Deutschen Messe AG ihren Mitgliedsunternehmen wieder freien Eintritt zur CeBIT an. Sie ist die weltweit bedeutendste Messe für die Informations- und Telekommunikations-Branche, auf der ca. 3.000 internationale Unternehmen die neuesten innovativen und digitalen Lösungen präsentieren.

Fordern Sie Ihren persönlichen kostenfreien Ticketlink bei Meike Westerman/Elke Wiertzema unter international@emden.ihk.de oder unter Tel.: 04921 8901 – 31 an.

Niedersächsischer Außenwirtschaftspreis 2017

(NMWi) - Auch in diesem Jahr wird wieder der Außenwirtschaftspreis – auch bekannt als „Export Oskar des Nordens“ - verliehen, um Unternehmen für ihre exzellenten außenwirtschaftlichen Erfolge zu ehren. Der Preis wird bereits zum achten Mal vom Land Niedersachsen vergeben. Er gilt als Anerkennung für die Unternehmen, die durch den Preis neben der Würdigung ihrer Exporttätigkeit, große mediale Aufmerksamkeit erfahren.

Der Preis wird am 26. April 2017 auf der HANNOVER MESSE im Rahmen des 14. Außenwirtschaftstages durch den Niedersächsischen Minister für Wirtschaft,

Arbeit und Verkehr, Olaf Lies verliehen. Bewerben können sich alle kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) sowie alle Großunternehmen aus Niedersachsen. Großunternehmen werden in einer separaten Kategorie ausgezeichnet.

Bewerbungsschluss ist am **22. Februar 2017**. Das Bewerbungsformular finden Sie auf unserer Homepage www.ihk-emden.de (Dok.nr. 3607246) oder unter: www.mw.niedersachsen.de

Für weitere Fragen steht Ihnen Frau Christina Blume vom Niedersächsischen Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr unter christina.blume@mw.niedersachsen.de oder unsere IHK gerne zur Verfügung.

Going International-Umfrage der IHKs- IHK bittet um Teilnahme

(IHK)- Mit der Umfrage „Going International“ führen die Industrie- und Handelskammern (IHKs) die größte Umfrage zum Engagement der deutschen außenwirtschaftlich tätigen Unternehmen durch. Ihre Einschätzungen über Lage und Perspektiven im Auslandsgeschäft sind uns wichtig, um unser Angebot an Ihren Wünschen ausrichten zu können und Ihre Interessen gegenüber Politik und internationalen Organisationen vertreten zu können: Wie geht es weiter in Ihrem Auslandsgeschäft? Welche Märkte bergen Potenzial? Auf welche Hürden treffen Sie? Wie nehmen Sie Trum, Brexit & Co. Wahr?

Wir würden uns freuen, wenn Sie sich bis zum 17. Februar 2017 etwa fünf Minuten Zeit für die Beantwortung des Online-Fragebogens nehmen. Sie finden den Online-Fragebogen hier:
<https://www.going-international.ihk.de/Login.htm?p=121E&tu=0>

Kennwort: 121E

Falls nach Klick des Links anstelle des Fragebogens eine Anmelde-Seite erscheint, geben Sie bitte Ihre Zugangsdaten ein: Kennwort: 121E

Die Befragung ist anonym, die erhobenen Daten werden nicht namentlich gespeichert. Die Gesamtergebnisse der Befragung werden vom Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) veröffentlicht. Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

Auslandsanfragen

Kosovo: Lohnfertiger im Bereich Textilien such Kooperationspartner

Ein Unternehmen aus dem Kosovo, das schwerpunktmäßig Lohnfertigungsarbeiten im Textilsektor durchführt, ist auf der Suche nach Kooperationspartnern in Ostfriesland. Das Leistungsportfolio umfasst dabei Heimtextilien und diverse Bekleidungswaren, aber auch maßgeschneiderte Lösungen sowie individuelle Sonderanfertigungen. Die angebotenen Leistungen umfassen dabei die gesamte Wertschöpfungskette der Fertigung. Bei Interesse steht Ihnen als deutscher Ansprechpartner Herr Rashiti telefonisch unter +49 1721404550, oder per E-Mail unter momo.rashiti@yahoo.de gerne zur Verfügung.

Veröffentlichungen

Neues Merkblatt zum Weinimport aus Drittländern

(IHK) - Der Import von Wein aus Ländern außerhalb der EU hat komplizierte Voraussetzungen. Die in Deutschland auf dieses Themenfeld spezialisierte IHK Trier hat ihr Merkblatt aktualisiert:

<http://www.ihk-trier.de/p/Weinexport/Weinimport-5-9562.html>

Paraguay: Business & Investment Guide 2016/17

(Paraguay) - Jedes Jahr wird das Investitions- und Business Handbuch von der AHK auf den neusten Stand gebracht und mit neuen Themen bereichert. Das Handbuch enthält Informationen über Unternehmensgründung, rechtliche Rahmenbedingungen sowie Steuersystem in Paraguay. Das Handbuch ist in Englisch auf der Internetseite der AHK Paraguay veröffentlicht:

<http://www.ahkparaguay.com>

Vietnam: Merkblatt über gewerbliche Wareneinfuhren

(gtai) - Das Zollmerkblatt Vietnam bietet deutschen Exporteuren eine kompakte Übersicht zum Einfuhrrecht des südostasiatischen Landes. Neben Hinweisen zum Zollabfertigungsverfahren beinhaltet die Broschüre Informationen zu Zöllen und Einfuhrnebenabgaben, Abgabenbegünstigungen, besonderen Zollverfahren sowie eine Aufstellung der zurzeit gültigen Einfuhrverbote und -beschränkungen. Das Merkblatt kann nach Registrierung kostenlos unter www.gtai.de/zollmerkblaetter abgerufen werden.

Impressum

Herausgeber:
Industrie- und Handelskammer für Ostfriesland und Papenburg
Ringstraße 4
26721 Emden

Die Informationen werden mit größter Sorgfalt zusammengetragen, recherchiert und verarbeitet. Eine Gewähr für die Richtigkeit kann jedoch nicht übernommen werden.

Weitere Informationen zu den einzelnen Meldungen können bei der jeweiligen IHK angefordert werden.

Tagesaktuelle Veranstaltungsinformationen finden Sie unter:

www.ihk-emden.de

Ansprechpartner der Industrie- und Handelskammer für Ostfriesland und Papenburg:

Murat Özdemir	Tel. 04921 8901 24 E-Mail: murat.oezdemir@emden.ihk.de
Hannelore van Westen	Tel. 04921 8901 74 E-Mail: hannelore.vanwesten@emden.ihk.de
Meike Westerman	Tel. 04921 8901 31 E-Mail: meike.westerman@emden.ihk.de
Elke Wiertzema	Tel. 04921 8901 31 E-Mail: elke.wiertzema@emden.ihk.de

Anforderungsbogen

Fax-Nr.: 04921 8901 9274
Industrie- und Handelskammer
für Ostfriesland und Papenburg
International
Ringstraße 4
26721 Emden

Anforderung von Informationsmaterial – Außenwirtschaft aktuell Februar 2017
Wir bitten um die Übersendung von Informationsmaterial (bitte Thema und Seite angeben):

Die Unterlagen erbitten wir an folgende Anschrift:
(Bitte deutlich schreiben!)

Firma:

Straße:

Ort:

Kontaktperson:

Telefon:

Telefax:

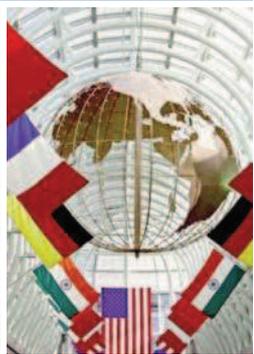
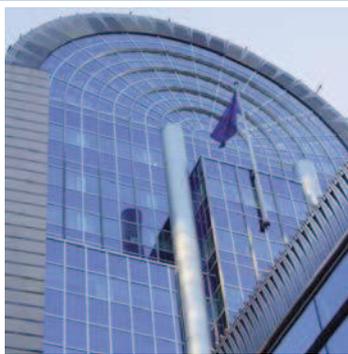
E-Mail:

- Wir sind nicht mehr am Bezug der Printversion interessiert.

Notizen:

Notizen:

Bildnachweis: shutterstock.com



Industrie- und Handelskammer
für Ostfriesland und Papenburg

2 2017